



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Jahresbericht 2024



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Seite 2

Wer wir sind

Seite 3

Auf einen Blick

Seite 4

Generationengerechtigkeits-Preis 2023/2024

Seite 5

Publikationen: IGJR, Positionspapiere und Blog

Seite 6

Tagung zu Sozial- und Alterssicherungssystemen in der Akademie Tutzing

Seite 13

**Kampagnen: ‚Reform der Abgeordnetenpension‘ und ‚Intergenerational
Fairness Day‘**

Seite 17

Neue Webseite und Präsenz in den Sozialen Medien

Seite 19

Podcasts

Seite 20

Medienauftritte und Vorträge

Seite 22

Ausblick: Walkshop 2025

Seite 22

Vorstand, Kuratorium und Beirat

Seite 2

Fördern und Spenden

Seite 25

Vorwort

Liebe Freund:innen, Förder:innen und Partner:innen,

2024 lief es gut für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG). Das fängt schon bei der Zahl der Beschäftigten an. Maßgeblich wurden die Projekte von dem Trio Lena Winzer, Grace Clover und Jörg Tremmel vorangetrieben. Ab Ende 2024 kamen dann noch zwei Bundesfreiwilligendienstleistende, Carla Engel und Victoria Koß, hinzu. Zusammen mit den unverzichtbaren Praktikant:innen und dem Botschafterkreis ergaben sich so mehr geleistete Arbeitsstunden als in den letzten Jahren. Das schlug sich auch in erhöhtem Output nieder.

Die SRzG ist sowohl Think-Tank als auch Do-Tank, d.h. sie ist sowohl wissenschaftlich als auch aktivistisch tätig. Neu im Jahresbericht ist die Rubrik ‚Auf einen Blick‘, der alle Erfolge des Jahres 2024 in Form von Piktogrammen zusammenfasst. Dieser Jahresbericht ist dann so gegliedert, dass unter der Rubrik ‚Publikationen‘ sowohl die englische Fachzeitschrift *Intergenerational Justice Review*, als auch die beiden neuen Positionspapiere, sowie auch die Blogbeiträge zu finden sind. Unser Motto bei diesen fachlichen Texten: Visionen mit Detailkompetenz verbinden. Der von der SRzG vertretene Ansatz beruht darauf, komplizierte Sachverhalte in einfache Worte zu fassen – und auf diese Weise jungen Menschen Lust auf Wissenschaft zu machen.

Unter ‚Kampagnen‘ wiederum findet sich zum einen die Kampagne zur Abschaffung der Abgeordnetenpension, bei der wir auf change.org mehr als 170.000 Unterschriften gesammelt haben. Hier ist inzwischen auch eine eigene Projekt-Webseite mit vielen Hintergrundinfos entstanden. Zum anderen ist auch die Kampagne für einen Intergenerational Fairness Day hier zu finden, bei dem es darum geht, einen neuen UN-Tag zu initiieren, ähnlich dem Weltkindertag oder dem Weltwassertag. Während die letztgenannte Kampagne die Förderung von langfristigem Denken im allgemeinen, nicht zuletzt im Hinblick auf ökologische Themen zum Ziel hat, geht es bei der ersten Kampagne um die Sozialsysteme. Dies entspricht dem SRzG-Motto „Fridays for Future, Saturdays for Social Security!“

Insgesamt ist die SRzG auf einem guten Weg. Und dafür danken wir unseren ehrenamtlichen Vorständen, Mitarbeiter:innen, Botschafter:innen, Kurator:innen und Beiräten, genauso wie unseren Praktikant:innen, Partner:innen und Förder:innen, die alle mit großem Enthusiasmus und Einsatz für die Rechte zukünftiger Generationen eintreten.

Viel Freude bei der Lektüre des Jahresberichts 2024!



Jörg Tremmel, Geschäftsführer



Lena Winzer, Projektmanagerin

Wer wir sind

Wir sind ein Think Tank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch praxisnahe Forschung und Beratung wollen wir das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik und Gesellschaft schärfen. Dafür veröffentlichen wir Bücher, Studien und Blogbeiträge. Die SRzG – auch bekannt als Stiftung Generationengerechtigkeit – versteht sich aber auch als advokatorischer Do-Tank, also als Organisation, die die politischen Interessen einer Gruppe vertritt, die selbst nicht oder nur eingeschränkt dafür eintreten kann: Kinder und Jugendliche sowie zukünftige Generationen. Wir sind finanziell unabhängig und stehen keiner politischen Partei nahe.

Was wir erreichen wollen

Unser Ziel ist es, Generationengerechtigkeit und den Schutz langfristiger Interessen zentral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern.

Die Entscheidungen von heute bestimmen, wie die Welt von morgen aussehen wird. Gleichzeitig werden diese Entscheidungen derzeit oft von der Suche nach kurzfristigen Vorteilen beeinflusst. Sobald Politiker:innen versuchen, die langfristige Perspektive dem Kurzfristdenken überzuordnen, müssen um ihre Wiederwahlchancen fürchten.

Unsere Vision von Generationengerechtigkeit ist, dass dieses nicht-nachhaltige Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgegeben wird. Es ist unmoralisch, heute auf Kosten von morgen zu leben. Die heute junge und die heute alte Generation müssen gemeinsam dafür sorgen, dass kommende Generationen intakte Lebensgrundlagen vorfinden.

Was wir tun

Zu unseren Themenfeldern gehören Umwelt bzw. Klima, Finanzen, Renten (inklusive Pensionen), Bildung, Friedenssicherung, Arbeitsmarkt, Jugendpolitik sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. Wir zeigen Lösungsmöglichkeiten auf, wie generationengerechte Entscheidungen zum Wohle aller funktionieren können. Diese veröffentlichen wir in allgemeinverständlichen Büchern und Positionspapieren.

Mit den von uns entwickelten innovativen ‚Walkshops‘, aber auch mit klassischen Kampagnen, Presseauftritten, Vorträgen und Projekten erinnern wir Politik und Gesellschaft an ihre Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wir regen junge Forschung an, organisieren Symposien, Kongresse und Tagungen und geben die Fachzeitschrift *Intergenerational Justice Review* heraus.

Wie wir funktionieren

Die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) wird durch ein eng verzahntes Zusammenspiel von verschiedenen Gremien und Teams ermöglicht, die sich gemeinsam für die Förderung der Generationengerechtigkeit einsetzen.

Der Vorstand repräsentiert die Stiftung nach außen, organisiert Projekte, initiiert Kampagnen und verfasst Positionspapiere. Er ist außerdem für die Verwaltung der Stiftungsmittel und die Erstellung des Jahresberichts verantwortlich.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Organisation ist der wissenschaftliche Beirat, der aus anerkannten Expert:innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besteht. Diese renommierten Persönlichkeiten unterstützen die Stiftung durch wertvolle fachliche Beiträge und Beratungen zu strategischen Fragen.

Die Botschafter:innen der SRzG tragen durch ihr ehrenamtliches Engagement zur Förderung der Generationengerechtigkeit bei. Sie unterstützen laufende Projekte, entwickeln neue

Ideen und bringen wichtige Impulse in die Arbeit der Stiftung ein. Die Gruppe umfasst maximal zehn bis zwölf Personen im Alter von bis zu 35 Jahren.

Das Büroteam im Stuttgarter Office, dem Maschinenraum der SRzG, ist für die Umsetzung der täglichen Aufgaben verantwortlich. Es setzt sich aus Jörg Tremmel als Geschäftsführer, sowie Lena Winzer und Grace Clover als Mitarbeiter:innen zusammen. Ergänzt wird das Trio seit Ende 2024 durch Victoria Koß und Carla Engel, die als Bundesfreiwilligendienstleistende wertvolle Unterstützung leisten.

Zusätzlich wird die SRzG regelmäßig von engagierten Praktikant:innen unterstützt, die durch ihre Mitarbeit neue Perspektiven und frischen Input in die Arbeit der Stiftung einbringen. Diese Struktur ermöglicht es der SRzG, ihre Ziele effektiv zu verfolgen und innovative Ansätze für die Förderung der Generationengerechtigkeit zu entwickeln.

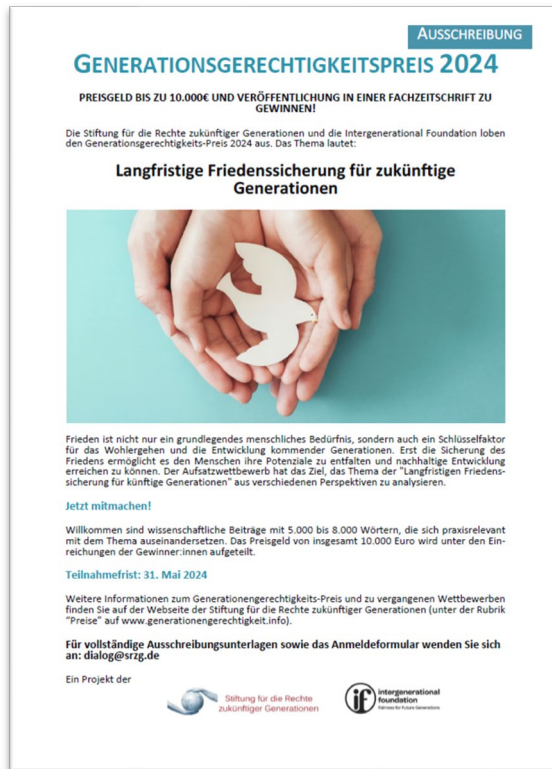
Auf einen Blick



Unsere Aktivitäten 2024

Generationengerechtigkeits-Preis 2023/2024

Der mit 10.000 Euro dotierte Preis, finanziert von der Stiftung Apfelbaum, wird von der SRzG in Zusammenarbeit mit der britischen Intergenerational Foundation (IF) verliehen. Ziel des Preises ist es, wissenschaftliche Arbeiten zur Generationengerechtigkeit zu fördern und den politischen Entscheidungsträger:innen Handlungsperspektiven aufzuzeigen.



The poster for the 'Generationsgerechtigkeitspreis 2024' features a central image of two hands holding a white dove. The text is in German and includes the following details:

- AUSSCHREIBUNG**
- GENERATIONSGERECHTIGKEITSPREIS 2024**
- PREISGELD BIS ZU 10.000€ UND VERÖFFENTLICHUNG IN EINER FACHZEITSCHRIFT ZU GEWINNEN!
- Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und die Intergenerational Foundation loben den Generationsgerechtigkeits-Preis 2024 aus. Das Thema lautet:
- Langfristige Friedenssicherung für zukünftige Generationen**
- Frieden ist nicht nur ein grundlegendes menschliches Bedürfnis, sondern auch ein Schlüsselfaktor für das Wohlergehen und die Entwicklung kommender Generationen. Erst die Sicherung des Friedens ermöglicht es den Menschen ihre Potenziale zu entfalten und nachhaltige Entwicklung erreichen zu können. Der Aufsatzwettbewerb hat das Ziel, das Thema der 'Langfristigen Friedenssicherung für künftige Generationen' aus verschiedenen Perspektiven zu analysieren.
- Jetzt mitmachen!**
- Willkommen sind wissenschaftliche Beiträge mit 5.000 bis 8.000 Wörtern, die sich praxisrelevant mit dem Thema auseinandersetzen. Das Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro wird unter den Einreichungen der Gewinner:innen aufgeteilt.
- Teilnahmefrist: 31. Mai 2024**
- Weitere Informationen zum Generationengerechtigkeits-Preis und zu vergangenen Wettbewerben finden Sie auf der Webseite der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (unter der Rubrik "Preise" auf www.generationengerechtigkeit.info).
- Für vollständige Ausschreibungsunterlagen sowie das Anmeldeformular wenden Sie sich an: dialog@srzg.de
- Ein Projekt der
- Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
- Intergenerational Foundation

Abbildung 2: Call for Papers GG-Preis

Der Prozess begann schon 2023 mit der Themenwahl durch den SRzG-Vorstand und dem Botschafter:innen-Kreis. Gewählt wurde das Thema ‚Langfristige Friedenssicherung für zukünftige Generationen‘. Lange Zeit galten Friedenssicherung und Abrüstung nicht als Thema der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Für die SRzG muss Friedenssicherung als Generationenthema geframt werden, genauso wie Klimaschutz. Aktuelle Entwicklungen haben den Einsatz von Atomwaffen so wahrscheinlich werden lassen wie nie zuvor seit 1945. In der Forschung zu existenziellen Menschheitsrisiken wird eine hohe Wahrscheinlichkeit angenommen, dass es innerhalb der Lebenszeit eines heute geborenen Kindes zum großflächigen Einsatz von Atomwaffen kommt. Die Menschheit kann es sich nicht leisten, weiterhin auf die in den 1950er Jahren für eine bipolare Welt entwickelte Doktrin der nuklearen Abschreckung zu setzen: Der derzeitige Umgang mit Atomwaffen ist nicht zukunftsfähig. Während das Problem des Klimawandels immerhin als

Menschheitsproblem erkannt wird und aktiv über Problemlösungen nachgedacht wird, ist ‚Krieg‘ bisher nicht in gleicher Weise als ein Phänomen erkannt worden, dass wir überwinden müssen, wenn wir als Menschheit langfristig überleben wollen.

In den Wochen nach der Themenwahl wurde eine hochkarätige Jury gesucht (und gefunden): Dr. Mathew George (SIPRI), Prof. Dr. Gerald Kirchner (ZNF), Prof. Dr. Dr. Christian Reuter (TU Darmstadt), Prof. Michal Smetana (Prag), Elena K. Sokova (VCDNP), Brian Toon (Universität Colorado) und Prof. Dr. Herbert Wulf (INEF). Im Anschluss wurden die Ausschreibungsunterlagen (Call for Papers) in Zusammenarbeit mit der Jury formuliert und ein Poster zur Veröffentlichung gestaltet.

Der Call for Papers betonte die Bedeutung von Frieden als grundlegendes menschliches Bedürfnis und als Schlüsselfaktor für das Wohlergehen kommender Generationen. Erst die



Abbildung 3: Die Preisträger:innen stehen fest!

Abwesenheit von Krieg ermöglicht eine Umgebung, in der Menschen ihre Potenziale entfalten können. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Bedrohung durch Atomwaffen und der Notwendigkeit nachhaltiger Friedenssicherung. Danach, Ende 2023, wurde der Call for Papers international bekannt gemacht, z. B. über Universitäten, politische Bildungszentralen und Stiftungen. Nach Ablauf der Einsendefrist (31.5.24) wählte die Jury aus zahlreichen internationalen Einsendungen sechs herausragende Beiträge aus.

Die Preisträger:innen waren:

- Michael Haiden, Technische Hochschule Ingolstadt: ‚Can Humanitarian Interventions Help Create Global Peace? Common Practices, Normative Change and the End of Nationalism‘
- Lukas Kiemele, Universität Freiburg: ‚Challenges and prospects for long-term peacekeeping in the Anthropocene‘
- Luzie Krüger, Universität Bremen: ‚Langfristige Friedenssicherung durch Modernitätsverlust‘
- Rojeh Gharfeh, Hebrew University of Jerusalem: ‚Philosophical Foundations and Future Threats: Understanding Political Manipulation Impact on Democratic Principles and Securing Democratic Principles for Future Generations in the Digital Age‘
- Augustine Akah, Universität Kiel und Brian Chaggu, Marie Curie Skłodowska Universität: ‚Towards a Long-term Peace Approach: A Phenomenological Analysis of Contemporary and Emerging Conflicts‘
- Ibrahim Khan, University of Chicago: ‚Transforming Global Governance: Toward Sustainable Peace and Justice‘

Publikationen: IGJR, Positionspapiere und Blog

Intergenerational Justice Review

Seit 2015 veröffentlicht die SRzG in Zusammenarbeit mit der Londoner Intergenerational Foundation (IF) die englischsprachige Fachzeitschrift *Intergenerational Justice Review* (IGJR). Alle Ausgaben der IGJR sind kostenlos und ohne Registrierung auf der Webseite igjr.org abrufbar.

Die Doppelausgabe des Jahres 2024 widmete sich, wie auch der Generationengerechtigkeitspreis, dem Thema Friedenssicherung. Die abgedruckten Artikel, allesamt aus dem Fundus der Wettbewerbs-Beiträge, analysieren die Dynamiken, Ursachen und Konsequenzen internationaler und ziviler Konflikte und tragen zu einer weiterentwickelten Definition von ‚Frieden‘ und ‚Friedenssicherung‘ bei. Thematisiert werden unter anderem die Rolle humanitärer Interventionen, Perspektiven des Globalen Südens auf



Abbildung 4: IGJR Coverbild 1/2024

Frieden und Konflikt, Reformen des UN-Sicherheitsrats sowie der Einfluss von Klimawandel und kolonialer Ungerechtigkeit auf heutige Konflikte.

Michael Haiden: Humanitäre Interventionen und langfristige Friedenssicherung

Der erste Artikel im IGJR 1/2024 stammt von Michael Haiden, der beim Generationengerechtigkeits-Preis 2023/2024 am besten abgeschnitten hatte. Der Titel des Artikels lautet ‚Can humanitarian interventions help create global peace? Common practices, normative change and the end of nationalism‘.

Haiden geht der Frage nach, ob humanitäre Interventionen nicht nur kurzfristig wirken, sondern auch langfristig zur Friedenssicherung beitragen können. Er argumentiert, dass solche Interventionen dazu beitragen können, globale Normen und Werte, sowie die Identitäten von Staaten, zu transformieren. Sie verkleinern Nationalismen, indem sie zwei Einstellungen stärken: erstens, dass alle Menschen moralische Berücksichtigung verdienen und zweitens, dass die Einhaltung von elementaren Menschenrechten wichtiger ist als nationale Souveränität. Humanitäre Interventionen können somit ein Schritt in Richtung von globalem Frieden bei gleichzeitiger Einhaltung der Menschenrechte sein.

Ibrahim Khan: Perspektiven des Globalen Südens auf globale Governance

Der zweite Essay im Heft 1/2024 stammt von Ibrahim Khan und trägt den Titel ‚Transforming global governance: Crafting sustainable peace through Global South perspectives‘.

Khan analysiert, wie Stimmen aus dem Globalen Südens im frühen 20. Jahrhundert ‚Frieden‘ als mehr als nur die Abwesenheit von Krieg verstanden. Er verweist auf Denker wie Rabindranath Tagore, N. B. Bonarjee und Radhabinod Pal, welche strukturelle Ungleichheiten, wirtschaftlichen Zwang und imperialistische Hinterlassenschaften als zentrale Hindernisse für globalen Frieden sahen. Auf die Gegenwart bezogen fordert Khan eine Reform der internationalen Institutionen, darunter die Demokratisierung des UN-Sicherheitsrats und eine stärkere Rolle der UN-Generalversammlung.

Augustine Akah und Brian Chaggu: Langfristige Friedensansätze

Der erste Artikel im Heft 2/2024 stammt von Augustine Akah und Brian Chaggu und trägt den Titel ‚Towards a long-term peace approach: a phenomenological analysis of contemporary and emerging conflicts‘.

Die beiden Autoren betonen die dringende Notwendigkeit, langfristigen Frieden in einer Welt zu schaffen, in der Atomwaffen in Kombination mit der weiterbestehenden grundsätzlichen Akzeptanz von Kriegen die Menschheit vor existenziellen Bedrohungen stellen. Die Studie untersucht, erstens, eine Reihe von Kriegsursachen. Zweitens werden Friedensinitiativen im Kontext der Friedens- und Konfliktforschung konzeptualisiert und diese Konzepte im Hinblick auf ihre Bedeutung für künftige Generationen untersucht. Drittens werden die bestehenden Ansätze zur Friedenskonsolidierung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und ihre Stärken und Unzulänglichkeiten im Hinblick auf neu entstehende Konflikte erneut hervorgehoben. Viertens werden drei Ebenen globaler Prioritäten für die Erreichung eines langfristigen Friedens vorgeschlagen. Die Autoren schlagen

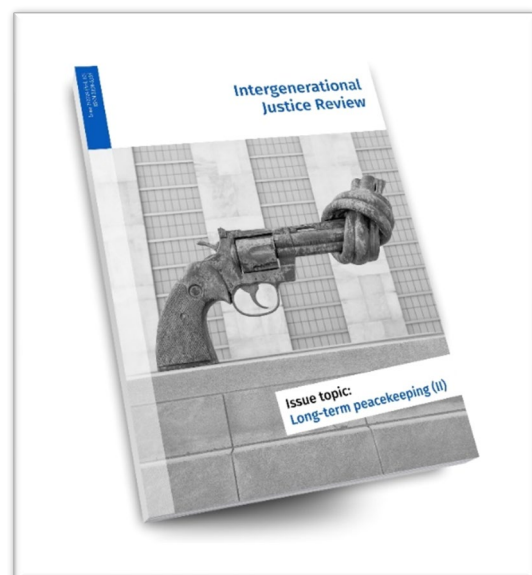


Abbildung 5: IGJR Coverbild 2/2024

vor, dass die Abschaffung von Atomwaffen und proaktive Diplomatie entscheidende Schritte zur Schaffung eines langfristigen Friedens sind. Sie betonen auch die zentrale Rolle der Vereinten Nationen bei der Förderung von Friedensinitiativen.

Lukas Kiemele: Friedenssicherung im Anthropozän

Lukas Kiemele fasst seinen Artikel mit dem Titel ‚Challenges and prospects for long-term peacekeeping in the Anthropocene‘ in der Ausgabe 2/2024 wie folgt zusammen: Strukturelle Probleme der Gegenwart entstehen häufig aus ungelösten Ungerechtigkeiten gegenüber vergangenen Generationen: Im Anthropozän-Diskurs werden zentrale Annahmen der Moderne in Frage gestellt, was auf die Zusammenhänge zwischen ökologischen Krisen, Kolonialismus und der klassischen humanistischen Geschichtsschreibung der Moderne hinweist. Langfristige Friedenssicherung kann nur mit intergenerationaler, globaler und historischer Verantwortung gelingen.

Buchrezensionen

Wie gewohnt enthalten die IGJR-Hefte mit Rezensionen neuer und relevanter Bücher. 2024 wurden folgende Titel (in Klammern: Erscheinungsjahr) besprochen:

- *Can War Be Justified? A Debate* von Andrew Fiala und Jennifer Kling (2023)
- *What is Intergenerational Justice?* von Axel Gosseries (2023)
- *The Path to Zero: Dialogues on Nuclear Dangers* von Richard Falk und David Krieger (2012)
- *Justice Across Ages: Treating Young and Old as Equals* von Juliana Bidadanure (2021)

Auch in 2024 war die *Intergenerational Justice Review* eine wertvolle Quelle für Wissenschaftler:innen und politische Entscheidungsträger:innen gleichermaßen.

Positionspapiere und Kurzstudien

Positionspapier zu Renten- bzw. Pensionspolitik



Abbildung 6: PP Erwerbstätigenversicherung

Die SRzG hat ein neues Positionspapier veröffentlicht, der Titel lautet: *Mit der Erwerbstätigenversicherung jetzt beginnen: mehr Solidarität und weniger Generationen-Ungerechtigkeit*. Sowohl das System der Beamtenpensionen als auch die gesetzliche Rentenversicherung sind reformbedürftig. Die Beamtenversorgung droht v.a. Ländern und Kommunen (weniger dem Bund) die Luft abzdrehen. Die gesetzliche Rentenversicherung wiederum, in die 80-85 Prozent der Erwerbstätigen einbezogen sind, braucht Beitragseinnahmen, um die demografische Alterung zu bewältigen.

Die zentrale Frage ist also: „Kann durch die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung der demografische Rückgang an Beitragszahler:innen aufgefangen werden?“. Mit dem richtigen Timing würde der sukzessive Einbezug von neu Verbeamteten einen geringeren Anstieg der Beitragssätze für die heute junge Erwerbstätigen-Generation, und somit auch weniger Generationen-Ungerechtigkeit, bedeuten. Gleichzeitig würde diese Reform mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit schaffen. Denn bisher ist die gesetzliche Rentenversicherung gar keine Versicherung für alle – vielmehr sind die Besserverdienenden in Sondersystemen, wovon das

Beamtenversorgungssystem das wichtigste ist. Den ersten Schritt, durch den alles Weitere erst möglich wird, sieht die SRzG im Einbezug der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung. Hier kommt noch hinzu, dass diejenigen, die Rentengesetze machen, davon auch betroffen sein sollten.

Das Positionspapier ist hier abrufbar: https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/05/PP_Erwerbstaetigenversicherung-Mai-2024.pdf

Positionspapier zum deutschen Atommüll

Die SRzG veröffentlichte 2024 auch das Positionspapier *Nach dem Atomausstieg: Wie geht es weiter mit der Lagerung des deutschen Atommülls?*

Der Umgang mit Atommüll ist eine tiefgreifende ethische und generationen-übergreifende Herausforderung. 2017 hatte das Standortauswahlgesetz die Endlagersuche in Deutschland neu gestartet – mit dem Ziel einer Standortentscheidung für ein geeignetes Endlager für hochradioaktive Abfälle bis 2031 zu erreichen. Neue Berichte prognostizieren jedoch, dass dieser Entscheidungsprozess frühestens 2066, unter pessimistischen Annahmen sogar erst 2094, abgeschlossen sein könnte. Mit diesem neu bekannt gewordenen Zeithorizont stellen sich Fragen der Generationengerechtigkeit neu und anders als bisher. Bis zur Überführung aller hochradioaktiven Abfälle in ein tiefengeologisches Endlager sind diese ein großes Risiko für heute lebende Menschen, v.a. für heute junge Menschen mit ihrer langen Restlebenserwartung. Im Tiefenlager wäre der Atommüll vor Flugzeugabstürzen, Terrorismus und gezielten Bombardements im Kriegsfall sicher. Solange der Atommüll aber in den 16 oberirdischen Zwischenlagern liegt, gilt das Gegenteil. Beton, Stacheldraht und Wachleute können nicht annähernd den gleichen Schutz bieten wie ein Endlager in tiefen geologischen Schichten. Zwischenlager sind nicht für den Krieg bzw. unruhige Zeiten ausgelegt, sondern für den Frieden.

Ausgehend von der Prämisse, dass ein Aufschieben der Festlegung eines Endlagerstandorts nicht akzeptabel ist, werden im Positionspapier konkrete Forderungen aufgestellt, um den Prozess zu beschleunigen bzw. den ursprünglichen Zeitplan einzuhalten.

Das Positionspapier ist hier abrufbar: <http://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/11/PP-Zwischenlagerung-Nov-2024.pdf>

Das Positionspapier ist hier abrufbar: <http://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/11/PP-Zwischenlagerung-Nov-2024.pdf>

Kurzstudie zum CO₂-Fußabdruck unterschiedlicher Altersgruppen

Ein wichtiges Unterthema der Generationengerechtigkeit ist die Klima-Generationengerechtigkeit. In diesem Kontext ist eine Forschungsfrage, ob menschliche Handlungen, die Treibhausgas (THG)-Emissionen verursachen, mit dem Lebensalter zusammenhängen. Haben Menschen, die in der Gegenwart 0-20 Jahre alt sind, einen anderen CO₂-Fußabdruck als die 21-30-jährigen, die 31-40-jährigen, die 41-50-jährigen usw.? In der Kurzstudie haben wir Daten vom CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes analysiert, um einen möglichen Zusammenhang zwischen Alter und THG-Emissionen zu finden. Das Ergebnis: Die durchschnittliche THG-Emission beträgt 8.760 kg für die Altersgruppe „bis 17 Jahre“. Für die 18- bis 29-jährigen beträgt der Durchschnitt 7.701 kg, bei den 30- bis 59-jährigen 8.692 kg und bei der Kategorie „60 Jahre und älter“ liegt der Durchschnitt bei 9.156 kg.

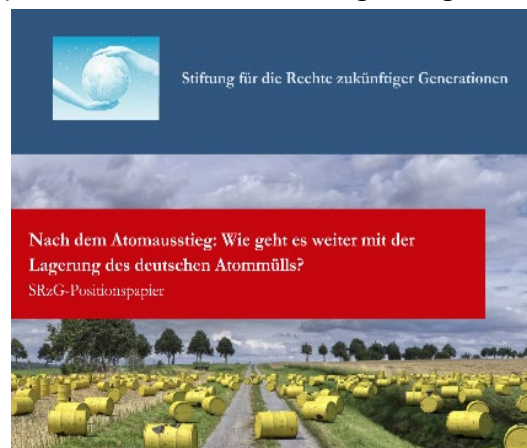


Abbildung 7: Deckblatt des Positionspapiers Atommüll

Die Datenqualität der UBA-Daten war jedoch im Hinblick auf unsere Fragestellung nicht allzu gut. Da die Verwendung des Rechners rein freiwillig ist und nicht verpflichtend, gibt es schon dadurch einen Bias. Menschen, die an ihrer eigenen CO₂-Bilanz interessiert sind und/oder auch Interesse daran haben, diese zu verringern, haben vermutlich eine höhere Wahrscheinlichkeit, dieses Abfragetool auszufüllen als diejenigen, die kein Interesse an ihrer CO₂-Bilanz haben oder schlichtweg nicht von der Existenz des Rechners wissen. Der Datenqualität war es zudem abträglich, dass der Datensatz das Alter der Teilnehmenden lediglich in vier möglichen Kategorien misst, weswegen eine genauere Untersuchung nicht möglich ist.

Zur Studie: <http://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/07/SRzG-Studie-zu-CO2-Fussabdruck-und-Alter.pdf>

Zeitgleich mit der beschriebenen SRzG-Studie erschien eine ähnliche Studie vom DIW mit der Auswertung des CO-Emissionsverhaltens von 7.304 Haushalte in den drei Bereichen Wohnen, Ernährung und Mobilität, die sehr lesenswert ist:

Bohmann, Sandra / Küçük, Merve (2024): Einkommensstarke Haushalte verursachen mehr Treibhausgasemissionen – vor allem wegen ihres Mobilitätsverhaltens. DIW Wochenbericht 27/2024. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.906974.de/24-27.pdf

Blogbeiträge

Der Blog der SRzG war auch 2024 wie in den Vorjahren ein Kanal für spannende Beiträge von SRzG-Vorstandsmitgliedern, Botschafter:innen, Praktikant:innen und externen Personen, die etwas zum Thema Generationengerechtigkeit zu sagen hatten. Inzwischen gibt es sogar drei solche Kanäle: auf der deutschsprachigen Webseite, auf der englischsprachigen Webseite und auf der Projekt-Webseite zur Altersversorgung von Abgeordneten. Auf der deutschen Webseite wurden 29 Beiträge veröffentlicht, während auf der englischen Webseite, die im August 2024 online ging, bereits 8 Beiträge publiziert wurden.

Für den Jahresbericht ist nur eine Auswahl der deutschen Beiträge aufgeführt; die einzelnen Texte werden zudem hier gekürzt wiedergegeben. Die vollen Artikel können online auf <https://generationengerechtigkeit.info> und <https://intergenerationaljustice.org/> und <https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/> gelesen werden!

Der Gipfel der Zukunft als eine große Chance für einen ‚Intergenerational Fairness Day‘



Abbildung 8: Der Gipfel der Zukunft

Am 22. und 23. September 2024 fand der erste Summit of the Future der Vereinten Nationen statt. Der Gipfel war eine hochrangige Veranstaltung, bei der Führungspersonen aus aller Welt zusammenkommen, um einen neuen internationalen Konsens für eine bessere Zukunft zu finden. Zum einen zielte der Gipfel darauf ab, unsere bestehenden internationalen Verpflichtungen, wie zum Beispiel die Sustainable Development Goals, zu erfüllen.

Zum anderen ging es darum, konkrete Schritte zu unternehmen, um auf kommende Herausforderungen und Chancen vorbereitet zu sein. [...]

Die SRzG nutzte den Gipfel, um für ihre Idee zu werben: einen Intergenerational Fairness Day als jährlich wiederkehrende Gelegenheit, politische Fortschritte zu bewerten und neue Ideen

in die Praxis umzusetzen. [...] Die Veranstalterationen Namibia und Deutschland arbeiteten im Vorfeld mit Interessengruppen aus der Zivilgesellschaft und Mitgliedstaaten an einem *Pakt für die Zukunft*. Die SRzG lieferte während dieser Phase schriftliche und mündliche Beiträge zu Abschnitt 4 ‚Jugend und zukünftige Generationen‘ dieses Entwurfs und betonte, dass zukünftige Generationen im fertigen Pakt prioritär berücksichtigt werden müssen. Leider wurde unsere Forderung für einen Tag für Generationengerechtigkeit nicht in den finalen Text aufgenommen. Allerdings ist positiv, dass die UN sich verpflichtete (a) einen Sonderbeauftragten für zukünftige Generationen bei den Vereinten Nationen zu ernennen, (b) eine inklusive hochrangige Plenarsitzung der UN Generalversammlung zu den zukünftigen Generationen einzuberufen, und (c) den Generalsekretär zu bitten, einen Bericht über die Umsetzung der Erklärung vorzulegen.

Rentenpaket 2024 wird Beitragssätze hochtreiben – Minister und Abgeordnete nicht betroffen!

Das Rentenpaket II bestimmte die rentenpolitische Debatte des Jahres 2024. Am 27.09.2024 fand die erste Lesung des Gesetzes statt. Die Bundesregierung hatte mit dem Rentenpaket die Rentenanpassungsformel ändern wollen. Im Grund wäre das nichts anderes als die Aufkündigung des Generationenvertrags in seiner bisherigen Form gewesen. Denn der Nachhaltigkeitfaktor war eingeführt worden, um die demografischen Lasten für das Umlagesystem zwischen Ruheständler:innen und Beitragszahlenden zu teilen. Das Rentenpaket II sah aber nur noch vor, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken darf – für den Beitragssatz gibt es keine Haltelinie mehr. Das heißt: Die Lasten wären zwischen den Generationen nicht mehr verteilt worden, wenn dieses Paket durchgekommen wäre. Die SRzG hat sich daher in mehreren Blogbeiträgen dagegen gewandt. [Nachtrag: Letztlich wurde das Gesetz nicht verabschiedet wegen des vorzeitigen Aus der Ampel-Koalition].



Abbildung 9: Pressemitteilung zum Rentenpaket II

SRzG-Wahlprüfsteine für die Europawahl 2024



Abbildung 10: Europawahl Wahlprüfsteine

Am 9. Juni war es in der EU wieder so weit: ein neues EU-Parlament wurde gewählt. Durch diese Wahl konnten die EU-Bürger:innen die europäische Politik entscheidend mitbestimmen. Denn das Parlament gestaltet die EU-Gesetze mit, ebenso den Haushalt der Europäischen Union und es kontrolliert außerdem die anderen EU-Organe. Um herauszufinden, wie die in Deutschland kandidierenden Parteien die aus SRzG-Sicht drängendsten Probleme

und Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wollen, haben wir Fragen für Wahlprüfsteine verfasst und bei folgenden Parteien entweder per Mail oder über ein Formular eingereicht: CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, AfD, Die Linke, FDP, Die Partei, Freie Wähler, Partei Mensch Umwelt Tierschutz-Tierschutzpartei, ÖDP, Familien-Partei, Volt, Piratenpartei, Bündnis Sahra Wagenknecht.

Die ausgewerteten Antworten auf die Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024 in den Bereichen Klimapolitik, Finanzpolitik, Bildungspolitik, Agrarpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Digitalpolitik, Mitbestimmung der jungen Generation, und Rentenpolitik sind hier zu finden:

<https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/06/WPS-Antworten-Europawahl-2024.pdf>

Ein großer Schritt für Generationengerechtigkeit? Der neue EU-Kommissar

Mit der Ernennung des erst 35-jährigen [Glenn Micallef](#) aus Malta zum EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport setzte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im November ein Zeichen: Generationengerechtigkeit soll in den kommenden Jahren sichtbarer und strategischer adressiert werden. Doch während Micallefs jugendlicher Enthusiasmus und seine bisherigen politischen Erfahrungen in Malta vielversprechend erscheinen, wirft seine Agenda Fragen auf. Micallef kündigte zwar in [seiner Anhörung](#) eine [umfassende Strategie für Generationengerechtigkeit](#) an, die die Auswirkungen heutiger Entscheidungen auf künftige Generationen berücksichtigen soll. Die Vision ist löblich, doch an der konkreten Ausgestaltung mangelt es noch. Eine Sprecherin des neuen Kommissars sagte später, dass für sie ‚Generationengerechtigkeit‘ auch bedeutet, die Interessen der älteren Generation wahrzunehmen. Was aber, wenn es unterschiedliche Interessen zwischen Jung und Alt gibt?



Abbildung 11: Der neue EU-Kommissar

Die jährliche Weltklimakonferenz sollte ein festes Sekretariat in Brasilien bekommen



Abbildung 12: Festes Sekretariat für COP

Nach den enttäuschenden Ergebnissen der Weltklimakonferenz in Baku, Aserbaidschan im November 2024 forderte die SRzG eine Reform des Vergabeprozesses für die Weltklimakonferenzen. Diese Debatte war durch einen Offenen Brief namhafter Klima-fachleute, [initiiert vom Club of Rome](#), schon vorher begonnen worden. Ziel: Es muss künftig ausgeschlossen werden, dass die für die Zukunft der Menschheit so wichtige jährliche Welt-

klimakonferenz von Öl-Staaten ausgerichtet wird. Das autoritär regierte Aserbaidschan bezieht 90 Prozent der Exporterlöse laut internationaler Energieagentur aus dem Verkauf von Öl und Gas. Der Präsident, Ilham Aliyev, pries in seiner Eröffnungsrede zur 29. COP die fossilen Rohstoffe seines Landes als ‚gifts from God.‘ Während des Verhandlungsprozesses erhielt die Delegation von Saudi-Arabien eine direkte Möglichkeit, den Abschlusstext zu beeinflussen. Wegen solchem Lobbyismus und der chaotischen Verhandlungsführung war die Kompromiss-Formulierung von Dubai (COP28) zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern („transitioning away from fossil fuels“), die 2023 als großer Erfolg wahrgenommen war, nun 2024 nicht mehr in den [Abschlussdokumenten](#) enthalten. Aus Sicht der SRzG ist das eine Katastrophe, denn die CO₂-Emissionen der Menschheit und die CO₂-Konzentration in

der Atmosphäre nehmen ungebremst zu. Wenn die eigentliche Ursache des Klimawandels nicht adressiert wird, so werden auch die Kosten des Klimawandels – und damit der Streit um Finanzierungsfragen – nicht zu bewältigen sein. Statt 300 Milliarden oder langfristigen 1,3 Billionen US-Dollar jährlicher Klimafinanzierung, wie in Baku beschlossen, wird dann logischerweise in Zukunft ein immer größerer Betrag nötig sein, um die weiter voranschreitenden Klimaschäden zu bezahlen. [...]

Tagung zu Sozial- und Alterssicherungssystemen in der Akademie Tutzing

Wie kann der demografische Wandel bewältigt werden? Wie soll mit dem Eintritt der ‚Babyboomer‘ in den Ruhestand umgegangen werden? Wie lässt sich Renten-, aber auch Pensionspolitik neu denken?

Um diese und andere drängende Fragen ging es auf der Tagung ‚Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Zukunftsfähige Sozial- und Alterssicherungssysteme‘ am 21.-22.11.2024, die just wenige Tage nach dem Ende der Ampel-Regierung stattfand.



Abbildung 13: Akademie für politische Bildung

Die Veranstaltung war eine Kooperation der Akademie für Politische Bildung Tutzing mit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG). Sie bot eine Plattform für den interdisziplinären Austausch. Die hochkarätigen Expert:innen diskutierten dabei interdisziplinär die Herausforderungen der Alterssicherung – und mögliche Reformoptionen. Mit seinem Einführungsvortrag griff Prof. Dr. Martin Werding, Ökonom und Mitglied des Sachverständigenrats, die aktuelle politische Situation und das umstrittene Rentenpaket II auf. Werding betonte, dass

bestehende Strukturen wie die gesetzliche Rentenversicherung (gRV), Beamtenversorgung und private Vorsorgesysteme nicht neu erfunden, sondern weiterentwickelt werden müssten. Werding skizzierte verschiedene Reformoptionen, darunter den Ausbau kapitalgedeckter Zusatzversicherungen, sowie eine schrittweise Anhebung des Rentenalters entsprechend der steigenden Lebenserwartung nach der sogenannten ‚2:1-Regel‘. Nach der 2:1-Regel wird ein Anstieg der ferneren Lebenserwartung zu zwei Dritteln auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters umgelegt; zu einem Drittel führt sie zu mehr Ruhestandsjahren. Diese Ansätze könnten langfristig die Stabilität des Rentensystems sichern, kurzfristig seien jedoch Maßnahmen wie z.B. die ‚progressive Rentenbemessung‘, ein stärkerer Nachhaltigkeitsfaktor oder Inflations- statt Lohnanpassung nötig, um den Renteneintritt der Babyboomer-Generation finanziell zu bewältigen.

Auch die Beamtenversorgung nahm Werding kritisch in den Blick. Sie sei finanziell ebenfalls nicht tragfähig und benötige genauso eine umfassende Reform wie die Rentenversicherung. Nach geltendem Recht werden die Ausgaben für die Beamtenversorgung vor allem in den Ländern und Gemeinden immens steigen. Als Reformoption stellte Professor Werding den Ansatz des Sachverständigenrates vor. In seinem Jahresgutachten 2023/2024 hatte dieser sich für eine sukzessive Beendigung des heutigen Systems der Beamtenversorgung ausgesprochen. Die Beiträge der neu Verbeamteten wären dann die gleichen wie für Beitragszahlende in der Rentenversicherung (derzeit 18,6%), würden allerdings in eine separate Beitragskasse fließen, um zur Finanzierung der Pensionen heutiger Bestandsbeamter beizutragen,

anstatt in die Rentenkasse zu fließen. Da sie nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung verausgabt werden dürften, bliebe die gRV von dieser Reform formal unberührt. Trotzdem würde eine transparentere Form der Versorgung von Beamtinnen und Beamten erreicht und dadurch könnten künftig demografiebedingte Maßnahmen inhaltsgleich auf das (dann) analoge System der Beamtenschaft übertragen werden.

Vortrag von apl. Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel: ‚Herausforderungen für die kollektiven Altersversorgesysteme in Deutschland‘

Beim zweiten Vortrag der Tagung legte apl. Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel (Universität Tübingen, Geschäftsführer der SRzG) den Fokus auf die Notwendigkeit generationengerechter Reformen. Er begann mit einer präzisen Begriffsdefinition, indem er darlegte, dass ‚Generationengerechtigkeit‘ im Gegensatz zu ‚Nachhaltigkeit‘ die Subjekte benennt, um die es geht – die Generationen. Daran anschließend wurde der Begriff ‚Generation‘ an und für sich, und dann im Kontext der (Renten-)Politik, erläutert. Tremmel machte klar, dass eine wissenschaftliche Gesamtbewertung von Generationenschicksalen unmöglich sei, da sie von vielfältigen Einflüssen abhängen. Innerhalb konkreter Politikfelder, z.B. der Rentenpolitik, sei es hingegen sehr wohl möglich, bestimmte Maßnahmen als generationengerecht oder -ungerecht zu klassifizieren. Bei Letzteren stünden die stark variierenden Beitrags-Leistungs-Verhältnisse („Renditen“) von verschiedenen Kohorten im Gesamtlebensverlauf im Fokus. Tremmel plädierte für eine faire Lastenteilung zwischen Jung und Alt durch den Nachhaltigkeitsfaktor, der sowohl Beitragserhöhungen als auch Rentenkürzungen moderat verteile. Weitere Maßnahmen seien nötig: z.B. die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, die Abschaffung der ‚Rente mit 63‘ und die Ergänzung durch Kapitaldeckung. Gleichzeitig müsse man Renten- und Pensionspolitik zusammen denken, um insgesamt mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit schaffen. Der erste Schritt in Deutschland sei der Einbezug der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung – sowohl im Bundestag als auch in den Landtagen. Das würde Vertrauen schaffen und die Akzeptanz von renten- und pensionspolitischen Reformen erhöhen. Er untermauerte diese Argumentation anhand des Beispiels Österreich, wo in den nächsten Jahrzehnten Schritt für Schritt die Berufseinsteiger aller gesellschaftlichen Gruppen in die allgemeine Sozialversicherung einbezogen werden, wobei die Abgeordneten 1997 vorangegangen seien. Letztlich sei es unerlässlich, mutige Schritte zu gehen, um die Alterssicherungssysteme zukunftsfähig und generationengerecht zu gestalten.

Vortrag von Prof. Dr. Felix Welti: ‚Parallelsysteme: Rentenversicherung, Abgeordnetenversorgung, Beamtenversorgungssystem, Selbstständige‘

In seinem Vortrag beleuchtete Prof. Dr. Felix Welti (Uni Kassel) am zweiten Tagungstag die Alterssicherungssysteme in Deutschland aus juristischer Sicht. Ziel seines Vortrags war es, die komplexen Strukturen dieser Systeme verständlich zu machen und mögliche Reformansätze aufzuzeigen. Alterssicherung, so erklärte er, umfasse die Absicherung des Einkommens im Ruhestand, also nach der Erwerbsphase, und gehe über die rein finanzielle Sicherung hinaus. Es gehe auch darum, soziale Risiken wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit im Alter abzufedern. Dabei hob er hervor, dass alle Systeme auf der



Abbildung 14: Botschafter Ben Jagasia und Prof. Welti

wirtschaftlichen Grundlage der aktuellen Wertschöpfung beruhen und langfristige politische Planung sowie gesellschaftliches Vertrauen erfordern.

Zunächst stellte Welti die verschiedenen Säulen der Alterssicherung in Deutschland vor. Neben der privaten Vorsorge, zu der familiäre Unterhaltspflichten, die Weitergabe von Vermögen oder private Ersparnisse wie Immobilienbesitz zählen, gebe es die betriebliche Altersvorsorge und die gesetzliche Rentenversicherung. Letztere bilde das Rückgrat der Alterssicherung und umfasse die große Mehrheit der Erwerbstätigen. Sondersysteme existierten derzeit für Beamte und Abgeordnete, deren Altersbezüge direkt aus Steuermitteln finanziert würden, sowie für freie Berufe wie Ärzte oder Architekten, die häufig über Versorgungswerke abgesichert seien. Welti stellte jeweils genaue Zahlen der Empfänger:innen und die Gesetzgebungskompetenzen vor. Zum Beispiel gebe es 3708 Personen mit Anwartschaft und 3312 Versorgungsempfänger:innen der ‚Abgeordnetenpension‘.

Welti ging zudem auf die (verfassungs-)rechtlichen und politischen Herausforderungen der Alterssicherung ein. Er betonte, dass es nicht nur um ökonomische Aspekte, sondern auch um Grundrechte wie den Eigentumsschutz und das Vertrauen der Versicherten gehe. Der Gesetzgeber stehe vor der schwierigen Aufgabe, gerechte Lösungen bei einer Vielzahl bestehender Parallel-Systeme zu finden.

Vortrag von Sven Schumann: ‚Unterschiedliche Modelle der kapitalmarktgedeckten Altersvorsorge und Generationenkapital‘



Abbildung 15: Botschafterin Katharina Wimmer und Sven Schumann

Sven Schumann, Direktor der Gruppe Deutsche Börse und Vorstand des Bündnisses für Ökonomische Bildung, widmete sich in seinem Vortrag ‚Unterschiedliche Modelle der kapitalgedeckten Altersvorsorge und Generationenkapital‘ der Frage, wie kapitalmarktgedeckte Altersvorsorge in Deutschland aussehen könnte. Dabei beleuchtete er drei zentrale Themen: die politischen Rahmenbedingungen, Vermögensbildung am Kapitalmarkt und die Rolle kapitalgedeckter Ansätze in der Altersvorsorge.

Zuerst zeigte Schumann die Schwächen des aktuellen Umlagesystems auf, das durch den demografischen Wandel und den steigenden Altenquotienten immer stärker unter Druck gerate. Steuerzuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung belasteten den Bundeshaushalt immer mehr (2024: 108,4Mrd), ohne die grundlegenden strukturellen Probleme zu lösen. Gleichzeitig seien die Stellschrauben der gRV umstritten. Höhere Beitragssätze belasteten den Arbeitsmarkt, die Anhebung des Renteneintrittsalters bedeute weniger Freizeit im Alter und ein verändertes Rentenniveau könne zu mehr Altersarmut führen. Bei einer Altersstruktur der Wahlberechtigten, bei der über die Hälfte älter als 50 Jahre alt sind, seien mögliche Reformen politisch unattraktiv. Schumann konstatierte, dass die Reformpläne der privaten Vorsorge durch ein Altersvorsorgedepot durch das ‚Ampel-Aus‘ gescheitert sind. Dabei demonstrierte das Beispiel der schwedischen Aktienrente – bei der 2,5 Prozent der Rentenbeiträge in staatliche oder private Fonds fließen – wie eine Kapitalmarktanbindung gestaltet werden kann.

Ein zentraler Punkt von Schumanns Vortrags war die geringe Beteiligung der deutschen Bevölkerung am Kapitalmarkt. Dabei kritisierte er auch hartnäckige negative Glaubenssätze gegenüber dem Kapitalmarkt, wie z.B. ‚Aktien sind riskant‘. Schumann betonte die langfristigen Ertragschancen, die eine breitgestreute, regelmäßige und kostengünstige Anlage in Aktien

bieten. Anhand verschiedener Renditedreiecke verdeutlichte er, dass Risiken durch längere Anlagezeiträume minimiert werden.

Impulsvortrag von Dr. Dina Frommert zum Thema Lebensarbeitszeit

Dr. Dina Frommert, Leiterin der Abteilung Forschung und Entwicklung bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, stellte im Rahmen ihres Impulsvortrags zentrale Erkenntnisse und Daten zum Thema Lebensarbeitszeit vor. Zunächst präsentierte sie aktuelle Zahlen zur Lebenserwartung: Während die fernere Lebenserwartung für 65-Jährige seit 1950 deutlich angestiegen sei, flache der Anstieg seit ca. 2007-2010 ab. Gleichzeitig wachse die Rentenbezugsdauer. Sie habe sich in den letzten Jahrzehnten auf etwa 20 Jahre verdoppelt. Dies stelle das Rentensystem vor Herausforderungen, besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und steigenden Altenquotienten. Damit dränge sich die Frage nach der Anhebung der Regelaltersgrenze auf. Frommert erläuterte, dass diese sogar langsamer steigen würde als aktuell, sollte der Forderung nachgekommen werden, sie an die Lebenserwartung zu koppeln. Sonderregelungen wie die ‚Rente ab 63‘ stellten aus ihrer Sicht ein Problem dar: Viele frühzeitig in den Ruhestand Gehende seien lange erwerbstätig und hätten (über-)durchschnittlich verdient. Durch den verlängerten Rentenbezug ohne Abschläge werde das Versicherungskollektiv finanziell belastet.



Abbildung 16: Botschafterin Katharina Wimmer und Dr. Frommert

Frommert zeigte anhand umfangreicher Daten, wie Erwerbsbiografien und der Versicherungsstatus vor dem Rentenzugang die Alterssicherung beeinflussen. Besonders Frauen, die lange Sorgearbeit leisten oder in Teilzeit arbeiten, seien oft von geringeren Rentenansprüchen betroffen. Eine positive Entwicklung zeige sich bei der Erwerbstätigenquote älterer Menschen. Diese steige stetig und liege in Deutschland mittlerweile mit über 73 % deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Mit Blick auf die Schätzungen des Beitragssatzes und Rentenniveaus bis 2040 zeigt sich die Notwendigkeit der Anpassung des Systems an die demografische Herausforderung. Hoffnung mache laut Frommert, dass wir es schon heute bei einem Beitragssatz von 18,6% schaffen, wesentlich mehr Rentner:innen zu finanzieren als früher. Die hohen Ausgaben des Bundeshaushalts entstünden, so Frommert, hauptsächlich durch nicht beitragsgedeckte Leistungen. Diese zu finanzieren sei Sache der Allgemeinheit, statt nur der Rentenversicherten. Wenn der Bundeszuschuss, den der Bund an die gRV überweise, genau diese beitragsungedeckten Leistungen abdecken solle, dann sei er allerdings heute eher zu niedrig als zu hoch.

Die Botschaft des Vortrags war klar: Die gesetzliche Rentenversicherung sei kein marodes Konstrukt, sondern könne gezielt angepasst werden, um den demografischen Herausforderungen gerecht zu werden – für eine nachhaltigere und gerechtere Altersvorsorge.

Die Botschaft des Vortrags war klar: Die gesetzliche Rentenversicherung sei kein marodes Konstrukt, sondern könne gezielt angepasst werden, um den demografischen Herausforderungen gerecht zu werden – für eine nachhaltigere und gerechtere Altersvorsorge.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Tagung eindrucksvoll verdeutlichte, wie komplex, aber auch wie prinzipiell lösbar die Herausforderungen der Altersvorsorge in Deutschland sind. Die Vielfalt der vorgestellten Ansätze und die konstruktiven Diskussionen gaben Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die Teilnehmer:innen verließen die Tagung mit dem Gefühl, dass Reformen möglich sind – wenn mutige Entscheidungen getroffen und das Prinzip von Generationengerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Transparenz konsequent umgesetzt werden. Positiv wurde auch der Mini-Walkshop bewertet, der am zweiten Tag der Veranstaltung von der SRzG eingebaut worden war.



Abbildung 17: SRzG-Gruppe in der Bibliothek

Zum ausführlichen Tagungsbericht:

<https://generationengerechtigkeit.info/tagungsbericht-tutzing-2024/>

Kampagnen: ‚Reform der Abgeordnetenpension‘ und ‚Intergenerational Justice Day‘

Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung



Abbildung 18: Reform der Abgeordnetenpension

2023 hatte die SRzG eine Petition bei Change.org gestartet, damit das ungerechte aktuelle System der Abgeordnetenpension in Deutschland abgeschafft wird. Wir waren überrascht, dass sie so viel Anklang fand – 150.000 Unterschriften bis Jahresende 2023. Selten ist bei Reformen das ethisch Richtige auch zugleich das Beliebte. Da wir offensichtlich einen Nerv getroffen hatten, haben wir diese Kampagne

2024 erweitert und eine Projekt-Webseite aufgebaut. In der Rubrik *Abgeordnetenmeinungen* kann man nun nachlesen, wie sich einzelne Bundes- und Landesabgeordnete zu dem Thema positionieren. Bei *Petitionen* ist die Change.org-Petition mit ihren inzwischen 170.000 Unterschriften verlinkt, ebenso wie die beim Petitionsausschuss des Bundestags eingereichte Petition. Bei *Studien & Gesetzestexte* findet sich eine Sammlung von wissenschaftlichen Studien zu dem Thema, sowie vorbildliche Gesetze, die dazu geführt haben, dass Gewählte und Wählerschaft beim Altersversorgungssystem im gleichen Boot sitzen. Hier muss nun nur noch der Bundestag nachziehen. Hoffentlich nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025. Und last but not least beleuchten in der Rubrik *Blogbeiträge* immer wieder neue Facetten des Themas. In 2024 sind folgende Artikel hier erschienen:

- Abschaffung der Abgeordnetenpension: Vorbild Österreich <https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/abgeordnetenpension-vorbild-oesterreich/>
- Wann fallen die Kosten für die Altersversorgung der Mitglieder des 8. Sächsischen Landtages an? <https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/wann-fallen-die-kosten-an-mdl/>

- Welche sächsischen Landtagsabgeordneten sind programm-treu? https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/saechsischer-landtag_1/
- Sozialverband VdK-Interview mit der SRzG zur Erwerbstätigensicherung <https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/sozialverband-vdk-interview/>
- AfD in Sachsen: Wasser predigen und Wein trinken bei der Altersvorsorge <https://abgeordnete-rein-in-die-grv.de/afd-in-sachsen/>

Intergenerational Fairness Day

Das Jahr 2024 war für die SRzG ein Jahr der Internationalisierung. Die internationale Kampagne für einen offiziellen ‚Intergenerational Fairness Day‘ verschmolz dabei mit SRzG-Engagement zum ersten ‚Summit of the Future‘ der Vereinten Nationen.

Die Kampagne für einen ‚Intergenerational Fairness Day‘ (IFD) hatte 2023 mit der Vision begonnen, einen offiziellen UN-Aktionstag zu etablieren, der die Rechte und Interessen zukünftiger Generationen ins öffentliche Bewusstsein rückt. Die UN hat bereits verschiedene ähnliche Tage proklamiert (z. B. Weltkindertag, Tag der Menschenrechte, Internationaler Frauentag, Weltwassertag usw.). Ein Tag der Generationengerechtigkeit fehlt noch in dieser Reihe.

Zufällig fand am 22. und 23. September 2024 der erste Summit of the Future der Vereinten Nationen in New York statt – ein historischer Gipfel, der darauf abzielte, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und die Herausforderungen zukünftiger Generationen in den Fokus zu rücken. Nach einigen Diskussionen innerhalb des IFD-Netzwerks leistete die SRzG durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen einen aktiven Beitrag zu den Vorbereitungen und Diskussionen dieses Gipfels, insbesondere in den Bereichen Jugend und zukünftige Generationen. So plädierten wir erfolgreich dafür, dass in der verabschiedeten *Erklärung zu den zukünftigen Generationen* konkrete Maßnahmen verbindlich festgelegt wurden, darunter die Ernennung eines UN-Sonderbeauftragten für zukünftige Generationen und die Einrichtung eines jährlichen hochrangigen Forums zu diesem Thema. Dennoch bleibt die Anerkennung eines offiziellen UN-Tages für Generationengerechtigkeit eine noch unerfüllte Forderung, die wir auch in den nächsten Jahren verfolgen werden. Der verabschiedete *Pakt für die Zukunft* und die *Erklärung zu den zukünftigen Generationen* markieren dennoch Meilensteine für den Schutz der Rechte zukünftiger Generationen. Letztere ist die erste ihrer Art und setzt ein starkes Zeichen für langfristige Verantwortung und generationenübergreifende Gerechtigkeit. Die Ergebnisse des Summit of the Future und unsere Kampagne für den IFD haben die globale Debatte um Generationengerechtigkeit sichtbar vorangetrieben.



Abbildung 19: Instagram-Bild: Heute ist IFD

Neue Webseite und Präsenz in den Sozialen Medien

Im Sommer 2024 war sie endlich fertig: Die englische Webseite der Stiftung wurde komplett neugestaltet und erstrahlt nun in einem modernen Design. Mit dem Ziel, unseren

Nutzer:innen eine verbesserte Erfahrung zu bieten, haben wir die Plattform sowohl visuell als auch inhaltlich überarbeitet.



Abbildung 20: Header der neuen englischen Seite

Die neue Seite überzeugt durch ihre klare, benutzerfreundliche Struktur, die es erleichtert, Informationen schnell und effizient zu finden. Neben einer intuitiven Navigation wurde das Informationsangebot um zahlreiche Inhalte erweitert. So können Besucher:innen im neuen Blog mehr über unsere Projekte und Positionen zur Generationengerechtigkeit erfahren. Auch wurden Positionspapiere ins Englische übersetzt.

Nun steht 2025 das nächste Projekt an: die Überarbeitung der deutschen Internetpräsenz der SRzG. Aufbauend auf den Erfahrungen und dem Erfolg des englischen Relaunchs wollen wir auch hier eine Plattform schaffen, die modern, informativ und einladend ist.

Bleiben Sie mit uns in Verbindung!

Die SRzG ist auf Instagram unter [@gengerecht](#) und auf [LinkedIn](#) als ‚Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen‘ aktiv. Hier teilen wir alles Wissenswerte rund um unsere Arbeit: von spannenden Blogbeiträgen und Podcast-Episoden bis hin zu Neuigkeiten über unsere Projekte, Veranstaltungen und Initiativen.

Bis vor Kurzem war die SRzG auch auf X (ehemals Twitter) vertreten. Doch Ende 2024 haben wir uns entschieden, die Plattform aufgrund der Entwicklungen unter Elon Musk zu verlassen. Stattdessen setzen wir verstärkt auf Instagram und LinkedIn, um mit Ihnen in den Austausch zu treten und die Diskussion um Generationengerechtigkeit weiter voranzubringen. Folgen Sie uns, um immer auf dem Laufenden zu bleiben und Teil der Bewegung für eine gerechte Welt für alle Generationen zu werden!

Podcasts

Generationengerechtigkeit – Der Podcast

In diesem Jahr feierte die SRzG eine aufregende Premiere: Am 1. August 2024 wurde die erste Folge des neuen Podcasts [Generationengerechtigkeit – der Podcast](#) veröffentlicht. Gastgeber ist Jörg Tremmel, Geschäftsführer der Stiftung und außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Mit seiner Expertise und Leidenschaft für das Thema Generationengerechtigkeit führt Tremmel in diesem Format tiefgehende Gespräche mit führenden Denker:innen und Wissenschaftler:innen, die sich in ihrer Arbeit intensiv mit diesem Konzept auseinandergesetzt haben.

Der halbjährlich erscheinende Podcast beleuchtet in jeder Episode sowohl die intellektuellen Werke der Gäste als auch ihre persönlichen Hintergründe und Forschungsinteressen. Dadurch wird nicht nur der fachliche Diskurs berei-



Abbildung 21: ‚Generationengerechtigkeit der Podcast‘-Poster

chert, sondern auch ein Blick auf die Menschen geworfen, die mit ihren Theorien und Publikationen die Diskussion um Generationengerechtigkeit prägen.

Gast der ersten Folge war Dieter Birnbacher, emeritierter Professor für Philosophie, dessen konsequenzialistische Theorie der Generationengerechtigkeit schon in den 1980er Jahren erschienen war. Im Gespräch mit Tremmel thematisierte Birnbacher eine beeindruckende Bandbreite an Themen, darunter analytische Philosophie, Verantwortung, das Nicht-Identitätsproblem, Fortpflanzungspflichten und die Verteilung von Macht und Ressourcen zwischen den Generationen.

IFD Podcast



Abbildung 22: IFD Podcast, Folge 3 Poster

Im Jahr 2024 hat die SRzG ihren englischsprachigen Podcast [Intergenerational Fairness Day Podcast](#), der am 16. November 2023 zur Premiere des ersten ‚IFD‘ gestartet war, erfolgreich weitergeführt. Gastgeberin und Projektmanagerin Lena Winzer veröffentlichte seit der Premiere des Podcasts alle drei Monate eine neue Folge. Mit vielfältigen Themen und hochkarätigen Gästen beleuchtet der Podcast die zentralen Fragen der Generationengerechtigkeit und bietet eine internationale Perspektive auf drängende globale Herausforderungen.

Die zweite Folge, *Longterm Thinking with the Foundation for the Rights of Future Generations*, stellte die Arbeit der SRzG selbst in den Mittelpunkt.

Gemeinsam mit Geschäftsführer Jörg Tremmel, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzendem Carl-Georg Luft, Vorstandsmitglied Grace Clover und den Botschafter:innen Milena Weber und Jonas Hohenforst sprach Lena Winzer über die Kernprojekte der Stiftung, darunter den Generationengerechtigkeitspreis, die Walkshops und die *Intergenerational Justice Review*. Die Diskussion betonte die Bedeutung langfristigen Denkens für eine gerechte Welt und stellte konkrete Ansätze vor, wie diese Vision umgesetzt werden kann.

In der dritten Folge, *Unseen Heroes: Empowering Young Carers*, ging es um die Herausforderungen und Bedürfnisse junger Pfleger. Dieses Thema, das auch die Doppel-Ausgabe der *Intergenerational Justice Review* 2023 geprägt hatte, wurde mit Expert:innen wie Krista Cartlidge von MYTIME Young Carers und Benjamin Salzmann vom Young Carer Center Windschatten Berlin vertieft. Die Diskussion beleuchtete die Auswirkungen häuslicher Pflegetätigkeiten auf das körperliche, emotionale und soziale Wohlbefinden junger Menschen und stellte unterstützende Ansätze für Betroffene und deren Familien vor.

Die vierte Episode, *Nuclear Weapons: The Ultimate Existential Risk*, setzte sich mit den existenziellen Gefahren von Atomwaffen auseinander. Gemeinsam mit Susi Snyder von der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) analysierte Lena Winzer die Bedrohung durch einen möglichen Atomkrieg, die Folgen eines nuklearen Winters und Strategien zur Abrüstung. ICAN, Trägerin des Friedensnobelpreises 2017, brachte dabei ihre Expertise ein und unterstrich die Dringlichkeit internationaler Maßnahmen.

Die fünfte Folge, *The Future of Intelligence: AI and the Survival of Humanity*, behandelte die Gefahren durch Allgemeine Künstliche Intelligenz (AGI). Otto Barten vom Existential Risk Observatory erklärte die Risiken unkontrollierter technologischer Entwicklungen und diskutierte mögliche Regulierungsansätze, um die Bedrohung durch AGI zu minimieren. Diese

Episode verband wissenschaftliche Analysen mit einer greifbaren Darstellung der Herausforderungen, die KI für die Menschheit birgt.

Abgerundet wurde das Jahr mit der sechsten Folge, *Negotiating Tomorrow: COP29's Impact on Intergenerational Fairness*, in der die 29. Weltklimakonferenz in Baku kritisch analysiert wurde. Gemeinsam mit Arthur Kießling, der die SRzG vor Ort vertrat, beleuchtete Lena Winzer zentrale Themen wie die Finanzierungslücke, Fortschritte in der Methanreduzierung und die problematische Rolle fossiler Brennstoffe. Die Folge zeigte, wie Klimaverhandlungen im Kontext von Generationengerechtigkeit bewertet werden können und welche Schritte notwendig sind, um nachhaltige Fortschritte zu erzielen. Der *Intergenerational Fairness Day Podcast* hat sich 2024 als wertvolles Format etabliert, das Expertise und praxisnahe Diskussionen verbindet. Er schafft eine Plattform, um drängende Fragen der Generationengerechtigkeit zu diskutieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Abbildung 23: IFD Podcast, Folge 6 Poster

Medienauftritte und Vorträge

2024 war die SRzG regelmäßig in den Medien vertreten, um ihre Positionen zu Generationengerechtigkeit, Rentensystemen und Jugendbeteiligung zu präsentieren. Beiträge in Formaten wie Mitreden! Deutschland diskutiert (ARD), Tagesgespräch (ARD alpha), Politikum (WDR 5) und 13 Fragen (ZDF) erreichten ein breites Publikum.

Auch spezifische Themen wie die Schuldenbremse, Rentenreformen und das Wahlrecht für Jugendliche fanden Gehör – unter anderem in Interviews bei SWR, BR24 und Focus Online. Weitere Aufmerksamkeit erhielt die Stiftung durch Diskussionen bei ARTE Saloon zur politischen Marginalisierung der Jugend.

Diese mediale Präsenz unterstreicht die Bedeutung von Generationengerechtigkeit in der öffentlichen Debatte und motiviert uns, diese Themen auch 2025 weiter voranzutreiben.



Abbildung 24: Links: Botschafter Arthur Kießling bei Mitreden.ard.de. Rechts: Vorstandssprecherin Luise Roither zu Gast bei ‚100 Köpfe‘ zum Austausch mit der FDP.



Abbildung 25: Links: Botschafterin Katharina Wimmer beim Forum ‚next generation‘ im Gespräch über Zwischenlagerung. Rechts: Botschafter Jonas Hohenforst bei einer Podiumsdiskussion in der GVG. Foto von Christian Kruppa.

Alle Medienauftritte zum Nachhören finden Sie im Medienecho auf der Website: <https://generationengerechtigkeit.info/presse/medienecho/>

Ausblick: Walkshop 2025 ‚Nukleare Abrüstung und langfristige Friedenssicherung‘

Die Walkshops (aus ‚Walk‘ für Wanderung und ‚Workshop‘ für Seminar) sind das zentrale Bildungsprojekt der SRzG. Dieses innovative Format bringt vieles zusammen: Eine Podcast-Wanderung, den Besuch von Lernorten, Gruppenerfahrungen und Dialog-Abende. Die Vorbereitung des Walkshops 2025 mit dem Titel ‚Nuclear Weapons and Long-Term Peacekeeping‘ begann schon im Frühsommer 2024. Als erster Walkshop außerhalb Deutschlands soll dieser Walkshop sich in Schottland vor Ort mit den Herausforderungen und langfristigen Perspektiven der nuklearen Abrüstung und des globalen Friedens auseinandersetzen.



Abbildung 26: Projektbild Friedenssicherung



Abbildung 27: Wanderung beim Walkshop

Als Lernorte sind der Marinestützpunkt der britischen Atom-U-Boote in Faslane-on-Clyde sowie das Peace Camp Faslane, das seit über 40 Jahren besteht, vorgesehen. Diese Orte bieten eine einzigartige Gelegenheit, die Diskrepanz zwischen militärischen Interessen und zivilem Protest hautnah zu erleben und kritisch zu hinterfragen. Bei abendlichen Diskussionen werden historische, rechtliche und sicherheitspolitische Perspektiven integriert. Ziel ist es, ein vertieftes Verständnis für die politischen und ethischen Dimensionen der nuklearen Bewaffnung sowie deren Auswirkungen auf zukünftige Generationen zu bekommen. Die Route ist bereits detailliert geplant, und auch die Unterkünfte für die Teilnehmenden sind reserviert.

Finanziert wird das Projekt von der Stiftung Apfelbaum.

Vorstand, Kuratorium und Beirat

Mitglieder des Vorstands



Luise Roither (Vorstandsvorsitzende und -sprecherin)

Luise Roither ist Gesundheitsökonomin und arbeitet hauptberuflich in der F&E von Medizintechnikinnovationen. 2016 hat sie eine eigene Initiative der jungen Generation im Gesundheitswesen gegründet, die Denkschmiede Gesundheit. Luise hat ihr berufliches und auch einen Teil ihres privaten Lebens dem Gesundheitswesen verschrieben und ist auf der permanenten Suche nach Menschen und Organisationen, die diesen Enthusiasmus teilen und den Weg hin zu einem zukunftsfähigen Gesundheits- und Pflegesystem mitgehen möchten.



Christopher Isensee

Christopher Isensee ist Politikwissenschaftler. Schwerpunkte seines Studiums an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Hochschule Harz in Halberstadt und der Masarykova Univerzita in Brno (Tschechische Republik) lagen in der Politischen Partizipation und in Theorien des politischen Wandels. Beruflich ist Christopher im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit tätig. Bei der SRzG engagiert er sich besonders im Bereich der ‚Walkshops‘.



Grace Clover

Grace Clover hat vor kurzem ihr Studium der Geschichte und der modernen Sprachen (Deutsch) an der Universität Oxford abgeschlossen, wo sie sich auf die Geschichte von sozialen Bewegungen, Familien und Gender konzentriert hat. Sie ist Co-Editor der *Intergenerational Justice Review*, wo sie sich mit Theorien des langfristigen Denkens, Paradigmenwechseln in unserem Umgang mit der natürlichen Welt und Theorien der Generationengerechtigkeit beschäftigt. In der IGJR hat sie mehrere Buchrezensionen zu diesen Themen verfasst.



Jörg Tremmel (Geschäftsführer)

Jörg Tremmel gründete die SRzG und ist heute als deren Geschäftsführer tätig. Innerhalb der Stiftung betreut er die Walkshops, deren Konzept er entwickelt hat, den Generationengerechtigkeits-Preis sowie die Zeitschrift *Intergenerational Justice Review*, welche die SRzG zusammen mit der Londoner Partnerstiftung Intergenerational Foundation betreibt. An der Universität Tübingen ist er ein außerplanmäßiger Professor und lehrt zum Thema Politische Utopien.

Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Ortwin Renn

Wissenschaftlicher Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Prof. Dr. Rolf Kreibich

ehe. Direktor Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Stephan Baldin

Prof. Dr. Dieter Birnbacher

Dr. Jürgen Borchert

Prof. Dr. Luc Bovens

Prof. Dr. Louis Chauvel

Prof. Dr. Claus Dierksmeier

Dr. Reinald Eichholz

Prof. Dr. Bernward Gesang

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Dr. Uwe Jean Heuser

Prof. Dr. Hermann Heußner

Prof. Dr. Vittorio Hösle

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

Prof. Dr. Ann-Kristin Kölln

Dr. Annette Lepenies

Rüdiger Maas

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Prof. Dr. Mihajlo D. Mesarovic

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Prof. Dr. Claus Offe

Prof. Dr. Tobias Popovic

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Dr. Wolfgang Reinicke

Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber

Prof. Dr. Wolfgang Seiler

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Prof. Dr. Dr. Udo E. Simonis

Prof. Detlef F. Sprinz

Robert Unteregger

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Stephanie Weis-Gerhardt

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Botschafter:innen

Theresa Eisenmann

Gordon Hertel

Jonas Hohenforst

Ben Jagasia

Arthur Kießling

Christoph Maier

Michael Weilch

Anna-Maria Spittel

Katharina Wimmer

Theresa Zen

Büro-Team

Carla Engel (Seit November 2024 Bufdi)

Grace Clover

Viktoria Koß (Seit Dezember 2024 Bufdi)

Lena Winzer

Fördern und Spenden!

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist als gemeinnützige Stiftung registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spenden. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind Einnahmen aus dem Förderkreis und Privatspenden. Mit ihnen werden hauptsächlich allgemeine Verwaltungskosten (Stelle der Wissenschaftlichen Mitarbeiterin, Büromiete) gedeckt.

So können auch Sie die SRzG unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Förderkreis ermöglichen Sie unsere Projekte

Der Förderkreis versammelt die Freund:innen der SRzG. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unseres Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Dadurch tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der SRzG langfristig zu sichern. Als Mitglied im Förderkreis zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 50 Euro und Unter-30-Jährige 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen setzen wir Projekte in Deutschland zum Thema Generationengerechtigkeit um und aktivieren junge Menschen. Die SRzG wird zu einem Großteil von ihren jungen ehrenamtlichen Vorständen und Botschafter:Innen getragen. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Projekte durchzuführen und unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Unser kleines Büroteam koordiniert unsere ehrenamtlichen Helfer und Praktikant:innen, unser Fundraising und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und betreibt unsere Website.

Mit Ihrer Spende helfen Sie, unser bescheidenes Büro zu unterhalten. Denn ohne unser Büroteam gäbe es keine SRzG und keines unserer Projekte.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Veranstaltungen und Diskussionen, mit Aufrufen zum Mitmachen und aktiv werden. Sie erhalten den Newsletter mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und Einladungen zu besonderen Veranstaltungen bei denen auch Vorstand oder Geschäftsführung zum Austausch bereitstehen. Und Sie haben die Möglichkeit, jederzeit als Ideengeber:in aktiv an Stiftungsprojekten mitzuarbeiten. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Spendenkonto:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-Code): GENODEM1GLS

Ihr Mitgliedsbeitrag und Ihre Spenden sind steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft ist jeweils zum 31.12. jeden Jahres kündbar.

IMPRESSUM

Verantwortlich: Der Vorstand der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70619 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-Mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Bildnachweis: Unsplash (Titelbild)

© 2024
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generation